

## Für ein sozial gerechtes und demokratisches Sachsen-Anhalt – Mitgliederbrief von Swen Knöchel

Liebe Genossinnen und Genossen, die neue Landtagsfraktion hat mich am 22. März 2016 zum neuen Vorsitzenden unserer Landtagsfraktion gewählt.

Wie ihr Euch vorstellen könnt, sind auch wir noch immer dabei, mit dem Wahlergebnis vom 13. März 2016 politisch aber auch strukturell umzugehen. Trotzdem ist es mir wichtig, mich bei allen Genossinnen und Genossen für ihren tatkräftigen und engagierten Einsatz im Wahlkampf zu bedanken. Natürlich sind wir alle entsetzt über das Wahlergebnis (und nicht nur über das Ergebnis unserer Partei), aber trotzdem ist es mir wichtig, gerade auch jetzt jenen zu danken, die sich vor Ort ehrenamtlich für unsere Partei im Wahlkampf eingesetzt haben. Das Ergebnis der Landtagswahl bedeutet eine politische Zäsur für unser Bundesland in mehrfacher Hinsicht. Die Koalition aus CDU und SPD wurde abgewählt, sie hat im Landtag keine Mehrheit mehr. Es wird abzuwarten sein, welchen kleinsten gemeinsamen Nenner CDU, SPD und GRÜNE bei den Koalitionsverhandlungen finden und wie tragfähig eine solche Koalition sein wird. Es steht zu befürchten, dass es eher eine Koalition des Verwaltens statt des Gestaltens sein wird. Klar ist: Das Wahlprogramm ist unser inhaltlicher Leitfaden für die Arbeit in den kommenden fünf Jahren. Natürlich werden wir jetzt erst recht darauf dringen, dass in diesem Bundesland endlich wieder investiert und eingestellt wird. Unsere Forderungen nach mehr Personal für Schulen und in der Polizei, nach mehr Bildungsgerechtigkeit und mehr Investitionen sind ja nicht vom Tisch, sondern bleiben auf der politischen Agenda.

Hinzu kommt mit diesem Wahlergebnis aber natürlich die Auseinandersetzung mit einer Partei, bei der noch nicht klar ist, welchen politischen Weg sie gehen will. Der AfD ist es gelungen, mit einem Wahlkampf, der Ängste benutzt, der Schwache gegen Schwache ausspielt, der auf Ausgrenzung und Nationalismus setzt, Wähler\*innen für sich zu mobilisieren. Dabei war schon am Wahltag klar, dass selbst die Wähler\*innen der AfD diese Partei weniger aus inhaltlicher Überzeugung denn mehr aus Protest gegen das politische Establishment, gegen „jene da oben“ gewählt haben. Hier liegt die eigentliche Herausforderung für unsere Partei. Ja, wir werden überlegen müssen, wie wir unser Profil als Partei der sozialen Gerechtigkeit schärfen können, wie wir bei schwierigeren Rahmenbedingungen, auch künftig „nah an Bürgerinnen und Bürgern“ in diesem Land



Foto: privat, Der neue Fraktionsvorsitzende Swen Knöchel

sind, wie wir zu einer Sprache finden, die Menschen mitnimmt und nicht so sehr erschlägt. Klar ist aber auch, dass DIE LINKE sich eben auch mit den demokratiefeindlichen, rassistischen und inhumanen Positionen der AfD im Landtag hart wird auseinandersetzen müssen. Ihr seht, die Aufgabe, die vor der Landtagsfraktion liegt, ist gewaltig. Wir werden uns mit weniger Abgeordneten sowohl mit der künftigen Landesregierung als auch als demokratische linke Oppositionskraft mit der AfD auseinandersetzen müssen.

Ich habe es schon angesprochen: Wir sind nur noch 16 Abgeordnete. Bedanken möchte ich mich an dieser Stelle bei den Genoss\*innen, die dem Landtag nicht mehr angehören. Ein Teil von ihnen hatte sich entschieden, nicht mehr zu kandidieren aber vielen, auch ehemaligen Mitgliedern der Fraktion, blieb der erneute Einzug in den Landtag verwehrt. Wir verlieren damit nicht nur politische Kompetenz und Sachverstand, wir verlieren gute Kolleg\*innen. Und, auch das sei hier erwähnt: Uns fehlen auch 12 Wahlkreisbüros, einschließlich der Mitarbeiter\*innen dort.

Wir werden uns inhaltlich als kleinere Fraktion konzentrieren müssen und wir brauchen viel stärker als in der Vergangenheit die Zusammenarbeit mit den Kreisverbänden, Kreistagsfraktionen und kommunalen Vertreter\*innen unserer Partei. Ich werbe bei Euch für diese Zusammenarbeit. Ich möchte mich sehr bald mit den Vorsitzenden der Kreistagsfraktionen treffen und über die gemeinsame Zusammenarbeit und Themensetzung sprechen aber ich bin auch gern bereit, Euch vor Ort Rede und Antwort zu stehen, wenn das gewünscht ist.

Aber auch mit all jenen, die für uns auf der Landesliste oder in einem Wahlkreis kandidiert und nicht gewählt wurden, als auch mit denjenigen, die dem Landtag in der Vergangenheit angehört haben, möchte ich ins Gespräch kommen. Mir sind Euer Rat und Eure Hilfe wichtig. Als Termin für ein gemeinsames Treffen, schlage ich Euch den

17. September vor und bitte Euch diesen Termin vorzumerken.

Wir haben keinen einfachen Weg vor uns aber wir haben auch keinen Grund aufzugeben. Unsere Wähler\*innen erwarten von uns eine starke inhaltliche Oppositionsarbeit und klare Kante gegen rechts! In diesem Sinne werden wir weiter für ein sozial gerechtes und demokratisches Sachsen-Anhalt kämpfen und das keineswegs nur im Landtag.

Swen Knöchel, Fraktionsvorsitzender im Landtag von Sachsen-Anhalt

### Inhalt:

Seite 1

Für ein sozial gerechtes und demokratisches Sachsen-Anhalt – Mitgliederbrief von Swen Knöchel

Seite 2

Meinungen zur Landtagswahl

Seite 3

Zum Umgang der Partei DIE LINKE mit der Rechtspartei AfD

Seite 4

Große Koalition ist rentenpolitisch handlungsunfähig

Steuerbetrug zerstört Vertrauen in die Politik

Seite 5

Deutliche Kritik an Entscheidung Landesverwaltungsamtes zum Kreishaushalt

Erhöhung der Kreisumlage? Mit uns nicht!

Seite 6

Stadtrat Staßfurt Ortsversammlung Saale-Wipper

Seite 7

LINKE Osteraktionen

Meinungen zur Landtagswahl

# Meinungen zur Landtagswahl

**Christa Beier (Wahlkreis Schönebeck)**

Die Landtagswahl ist vorbei. Wir haben im Wahlkreis 19 (Schönebeck, Calbe, Barby) wie alle anderen auch einen sehr engagierten Wahlkampf geführt. Viele GenossInnen und auch parteilose SympathisantInnen unterstützten uns bei den vielfältigen Aktivitäten und Aktionen, wie Plakatierung, Verteilung von Wahlmaterialien, an Info-Ständen, Gesprächen mit BürgerInnen sowie Vereinen und Verbänden. Gut kamen auch die Aktionen zum Frauentag, wo wir z.B. auf der Straße Glückwünsche und natürlich auch unsere Wahlmaterialien verteilt haben, an. Die Reaktionen der Frauen waren sehr positiv. Einen Tag vor der Wahl verteilten wir vor den großen Einkaufszentren unsere Wahlmaterialien. Dort waren die Gespräche schon anders. Uns schlugen teilweise ablehnende Meinungen entgegen, die sich auf unsere Haltung zur Flüchtlingsproblematik bezogen. Solche Meinungen wurden auch an Info-Ständen geäußert, wo unsere Argumente nicht angenommen wurden.

Unser Direktkandidat Torsten Hans, der erstmalig in unserem Wahlkreis angetreten ist, da Sabine Dirlich nicht wieder kandidiert hat, schlug sich sehr wacker. Er war immer aktiv und präsent und hatte 14,6 % erreicht und lag damit nur um 0,7% hinter Petra Grimm-Benne von der SPD, die bereits mehrere Jahre im Landtag sitzt.

Am Wahlabend saß ich vor dem Computer und Fernseher und verfolgte die Nachrichten. Als die ersten Hochmeldungen kamen war ich entsetzt. Ich hatte zwar nach den Voraussagen damit gerechnet, dass wir Stimmen verlieren werden, aber dass es soviel waren und vor allem die AfD aus dem Stand soviel Stimmen einfährt hat mich doch getroffen. Ich machte mir vor allem Gedanken darüber, wie es weitergeht mit den Abgeordneten, die es nicht in den Landtag geschafft haben und deren Mitarbeiter sowie über die Präsenz der Wahlkreisbüros, die für eine aktive Arbeit mit den BürgerInnen notwendig sind.

Im Ergebnis dieser Landtagswahl kann ich sagen, dass wir uns nichts vorzuwerfen haben, was unsere Aktivitäten und Aktionen betrifft. In Zukunft müssen wir jedoch darauf achten, dass unsere Wahlmaterialien aktueller sind, dass wir schneller auf Meinungen der Bevölkerung eingehen können und dass unsere Aussagen verständlicher sind. Wir setzen meiner Meinung nach zuviel auf umfangreiches Material, was nur einige lesen. Wir sollten kürzer und knapper unsere eigenen Wertvorstellungen wie soziale Gerechtigkeit, gute Bildung für alle, zum Leben ausrei-



chende Löhne und Renten in den Mittelpunkt stellen und verhindern, dass Menschen ausgegrenzt werden. Ich möchte mich bei allen, die uns im Wahlkampf aktiv unterstützt haben, bedanken. Wir werden das auch noch in einer würdigen Form tun und in der MV am 03.05.2016 werden wir gemeinsam beraten, wie wir unsere Arbeit in der Partei und mit den BürgerInnen fort setzen werden.

**Christian Jethon (Wahlkreis Bernburg)**

DIE LINKE hat bei der Landtagswahl in Sachsen-Anhalt eine krachende Niederlage erlitten. Rund sieben Prozentpunkte weniger als beim letzten Mal und nur noch drittstärkste Kraft im Land sind das Ergebnis, dessen Ursachen es zu analysieren gilt.

Natürlich fällt einem da als erstes die Flüchtlingskrise und in deren Folge das Erstarken der AfD als Sprachrohr der „besorgten Bürger“ ein. Aber das allein kann es meiner Auffassung nach nicht gewesen sein. Auch DIE LINKE selbst hat mit ihrem Wahlkampf und ihrem Agieren in der vergangenen Legislatur zum Vertrauensverlust bei den Wählern beigetragen.

Da ist vor allem der Schmusekurs gegenüber dem „potenziellen Koalitionspartner“ SPD zu nennen, der DIE LINKE in den vergangenen 5 Jahren als eine Opposition light erscheinen ließ. Dabei hätte es eine ganze Reihe von Anlässen gegeben, gerade die Politik der SPD in der „großen“ Koalition scharf anzugreifen: vom Sparkurs des SPD-Finanzministers Bullerjahn auf Kosten der Gemeinden und Kreise, bis zur Fördermittel- und Steueraffäre um dessen „Spezi“ Klaas Hübner aus dem Wahlkreis unserer Landesvorsitzenden. Aber man wollte es sich mit den hellroten Genossen nicht verderben. Mit schaudern erinnere ich mich dabei auch an das Gemauschel im Vorfeld der Landratswahlen im Land, wo man sich gegenseitige Unterstützung in den Stichwahlen zuzusichern versuchte.

Dazu ein vorderer Listenplatz für den „ehrenamtlichen“ Bundesgeschäftsführer Matthias Höhn, um ihn finanziell mit einem Landtagsmandat abzusichern. Das und vieles Weitere erweckt nicht nur den Eindruck bei den Wählern, man sei Teil der „etablierten“ Parteien – man ist es ganz offensichtlich!

Dazu kam ein Wahlkampf, der so ziemlich der falscheste war, den man in der aktuel-

len Situation hätte führen können. Bereits der Titel des Wahlprogramms „Ein Land zum Leben, ein Land zum bleiben“ kam nicht nur bei mir als Lob an die bisher Regierenden rüber: Warum denn was ändern, wenn alles bereits so schön ist? Dazu eine auf Wulf Gallert zugeschnittene Kampagne, die wohl unterstreichen sollte, dass DIE LINKE in Sachsen-Anhalt tatsächlich an die Macht wollte. Doch 27 Jahre nach der Wende hat das kein Wähler mehr in Zweifel gezogen. Und bei allem Respekt vor Wulf Gallert: Muss man es nach zwei gescheiterten Anläufen auch noch ein drittes Mal versuchen?

Und nicht nur die Zahl der Plakate und Großflächen hinkte dem Anspruch, den Ministerpräsidenten stellen zu wollen, weit hinterher. Ihre Inhalte waren platt, wenn nicht gar peinlich, oder was sollte der „Frauerversteher“ aussagen? Ach so, das war natürlich ironisch gemeint – genauso wie „Brückenbauer“ oder „Wirtschaftskenner“?

Doch nicht nur das Wahlergebnis selbst und seine „Vorgeschichte“ lassen mich derzeit äußerst ärgerlich auf meine Partei schauen, sondern auch der Umgang mit diesem danach. Ein „wir haben alle verloren“ kann es wohl nicht sein. Nach meinem Verständnis ergibt sich herausgehobene Verantwortung aus herausgehobener Funktion. Doch offenbar scheint ein „Schwamm drüber und weiter so“ die Oberhand zu gewinnen – siehe Wahl zum Landtagsfraktionsvorstand.

Dabei gäbe es jetzt genug Grundsätzliches zu diskutieren: Soll DIE LINKE weiterhin die „Kümmererpartei“ sein, wenn die Zielgruppe dann lieber nicht oder gar die Rechtspopulisten wählt? Ist die Konzentration allein auf die Zielgruppe „Arme und Unterprivilegierte“ eigentlich richtig? Führt die (von mir grundsätzlich unterstützte) Gleichberechtigung von Frauen und Männern in der LINKEN qua Mindestquotierung zur Unterrepräsentierung von Männern in den Gremien (siehe Landesparteitag) – und was hat das für Folgen in der politischen Auseinandersetzung? Und last but not least: Soll sich DIE LINKE jetzt wieder auf ihre Funktion als Korrektiv der Landesregierung konzentrieren (ich meine: JA), oder lieber Opposition zur Opposition (AfD) sein (ich meine: NEIN)?

# Zum Umgang mit der Rechtspartei AfD

## Aus dem Beschluss des Parteivorstandes vom 20. Februar 2016

Die „Alternative für Deutschland“ (AfD) bietet für die Wirtschafts- und Finanzkrise sowie die vielfältigen Probleme einer modernen und pluralen Gesellschaft keine Alternative. Stattdessen propagiert sie die Verschärfung von (Austeritätspolitik), Neoliberalismus, Ausgrenzung sowie anti-egalitärer und rückwärtsgewandter Vorstellungen der Gesellschaft. Zunehmend sind rassistische Vorstellungen in den Mittelpunkt ihrer Politik gerückt und setzt sie zur Durchsetzung ihrer Ziele auch auf rechte Straßen- Mobilisierung. Die politischen Forderungen und die Argumentation der AfD für deren Entsolidarisierung und die Spaltung der Gesellschaft. Soziale, rassistische, kulturelle und religiöse Ressentiments und Vorurteile werden von ihr bedient und gezielt mobilisiert, um Menschen in schwieriger sozialer Lage oder mit Lebensvorstellungen, die nicht denen der AfD entsprechen, zu stigmatisieren und auszugrenzen. In den Debatten um die gestiegene Zahl von Asylsuchenden und Geflüchteten in Deutschland und Europa setzt die AfD bis in die Spitze der Partei offen auf Hetze. Aus den Brandsätzen auf Plätzen und in den Parlamenten - gehalten von AfD, NPD oder Pegida - wurden zunehmend Brandsätze, das Agieren der Partei verschärft und radikalisiert maßgeblich die öffentliche Debatte um Asyl, Einwanderung, Flüchtlinge- und Einwanderungspolitik...

Mit Blick auf die zu erwartenden Ergebnisse der AfD bei den anstehenden Landtagswahlen... müssen wir von einer weiteren Etablierung der neuen Rechtspartei in den Parlamenten ausgehen. Ob sie sich allerdings dauerhaft im politischen Spektrum bundesweit als parlamentarische Kraft etablieren kann, bleibt umkämpft. In dieser Situation ist es daher vordringlich, die weitere Etablierung und Normalisierung der Partei zu behindern, damit sie nicht als eine normale demokratische Partei wie jede andere Partei betrachtet wird. Die AfD hat sich ideologisch und politisch mittlerweile eindeutig zu einer Partei der extremen Rechten entwickelt, die mit den typischen Mitteln des Populismus arbeitet. Sie vermeidet in ihrer Außendarstellung in der Regel jegliche politischen Bezüge auf den NS, dessen Herrschaft und dessen Ideologie. Daher unterscheidet sie sich beispielsweise von der neonazistischen NPD... Die Politik der AfD ist vor allem auf Ausgrenzung gerichtet, somit durch und durch anti-egalitär und anti-liberal. Sie ist marktradikal, sozialstaats- und gewerkschaftsfeindlich, rassistisch, homophob, antifeministisch und in Teilen deutlich geschichtsrevisionistisch. Die Wahlerfolge in Brandenburg, Sachsen



und Thüringen sowie die Positionierung dieser Landesverbände werden von der extremen Rechten außerhalb der AfD... positiv aufgenommen. Die AfD hat für die extreme Rechte folgende Funktionen: 1. die CDU/ CSU von rechts unter Druck zu setzen und die Union sowie weite Teile von Politik und öffentlichen Debatten nach rechts zu verschieben, wie am Beispiel der Flüchtlingsdebatte deutlich wird 2. Bestandteile rechter Ideologie... in die Parlamente, auf die Straßen und die öffentliche Debatte tragen. 3. den Kampf gegen die „Lügenpresse“ zu führen, 4. als angebliche „Protestpartei“ den etablierten Parteien und dem verhassten „Parteienstaat“ entgegenzutreten und 5. die extreme Rechte durch den Zugriff auf finanzielle, personelle und politische Ressourcen, z.B. der Fraktionen auch organisatorisch zu stärken.

Die WählerInnen der AfD rekrutieren sich aus Wechselwähler/ innen aller anderen Parteien und bisherigen Nichtwähler/ innen. Die Wähler/ innen dürften die Partei im Großteil im Wissen um und wegen deren Positionen gewählt haben. Aktuelle Untersuchungen zeigen, dass die WählerInnen der AfD die Partei eindeutig am äußeren rechten Rand des Parteienspektrums verorten.

Handlungsvorschläge für DIE LINKE zum Umgang mit der AfD:

1. Das Handeln gegenüber der AfD, die von uns nicht als politischer Konkurrent sondern als Gegner charakterisiert wird, muss sich weiter daran orientieren, der fortschreitenden „Normalisierung“ der Partei entgegen zu wirken. Mit unserer öffentlichen Argumentation, mit eigenem Material und medial müssen wir immer wieder darauf hinweisen, dass die AfD keine demokratische Alternative ist. Wir kritisieren, wenn möglich, ihre politischen Positionen, ihre Funktion als Akteur der extremen Rechten und ihre politischen, organisatorischen und personellen Überschneidungen ins Milieu der „Neuen Rechten“. Die AfD darf kein normaler Akteur im Parlament, Medien und Gesell-

schaft sein.

2. Wir betreiben eine klare und politische und organisatorische Abgrenzung gegenüber der AfD. Wir werden z. B. in Parlamenten - auch auf der kommunalen Ebene - keine gemeinsamen Anträge einreichen, wir werden konsequent gegen Anträge der AfD stimmen, keine gemeinsamen Erklärungen abgeben, keine Unterstützung in Personalangelegenheiten gewähren oder annehmen. Dort, wo jedoch der Kern parlamentarisch-demokratischer Arbeit durch eine strikte Abgrenzung zur AfD blockiert werden würde, sind zu begründende Ausnahmen denkbar...

3. Mit Blick auf die AfD lehnen wir eine Beschneidung demokratischer Rechte ab. Bei der Änderung oder Erweiterung parlamentarischer Rechte und Pflichten ist jedoch abzuwägen, ob die Maßnahmen zu einer „Normalisierung“ und Stärkung der AfD führen.

4. Alle Abgeordneten, MitarbeiterInnen sowie Mitglieder und Anhänger/ innen demokratischer Organisationen sind aufgefordert die inhaltliche und politische Auseinandersetzung mit der AfD zu führen....

5. Es ist für DIE LINKE weiter zu analysieren, warum die AfD bisher in mehreren Wahlen Erfolg einfahren konnte... und künftig voraussichtlich in weiteren Bundesländern in Ost und West Ergebnisse über 10% erzielen wird, warum auch DIE LINKE Stimmen an diese Rechtspartei verloren hat und wie die AfD bei kommenden Wahlen geschwächt werden kann. Dabei darf es keine Übernahme der Positionen der AfD geben. Ein „Schnüffeln“ am rechten Rand darf es durch DIE LINKE nicht geben.

6. Um die AfD in ihre Schranken zu weisen, die Etablierung einer zugleich parlamentarisch und auf der Straße verankerten Partei zu verhindern und die akute Bedrohung von rechts zu bekämpfen, braucht es breite gesellschaftliche Bündnisse....

Diese Bündnisse müssen politisch (Stopp-) Zeichen setzen, im Alltag rechtes Denken und rechte Propaganda zurückweisen und zugleich für eine mitmenschliche Gesellschaft, für das Recht auf Asyl und Werte der Humanität werben.

7. Um jedoch langfristig rassistische, nationalistische und anti-egalitäre Vorstellungen zurückzudrängen, braucht es eine starke Linke, die Antworten auf die aktuellen Krisen, die sozialen Herausforderungen gibt - vor Ort in Verantwortung, als starke Opposition in den Parlamenten, auf der Straße und fest verankert in der Gesellschaft...

Friedrich Schütz



# Große Koalition ist rentenpolitisch handlungsunfähig

Man könnte es einen Aprilscherz nennen, aber es ist - leider - keiner. Zum ersten Mal muss ich als rentenpolitischer Sprecher der Bundestagsfraktion DIE LINKE dem Chef der CDU Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung, Dr. Carsten Linnemann, Recht geben!

Er ließ sich heute am 1. April mit folgender Kritik an der sogenannten „Lebensleistungsrente“ von Sozialministerin Andrea Nahles zitieren: „In Wahrheit hilft die Lebensleistungsrente den tatsächlich Bedürftigen überhaupt nicht“, sagte Linnemann der Tageszeitung Die Welt. Und weiter: „Da ein Arbeitnehmer 40 Jahre lang einbezahlt haben muss, um die Zusatzleistungen zu erhalten, wären Langzeitarbeitslose und geringfügig Beschäftigte von der Lebensleistungsrente ausgeschlossen.“

Aber dann ist es mit den Gemeinsamkeiten auch schon vorbei, denn selbstverständlich hört man von Herrn Linnemann keine Vorschläge, was er stattdessen gegen Minirenten und Altersarmut zu tun gedenkt.

Natürlich hört man aus der Union auch keine Vorschläge, wie der stetige Verfall des gesetzlichen Rentenniveaus aufgehalten werden sollte. Man hört aus der Union erst Recht keine Forderung, für Hartz IV-Beziehende wieder Beiträge in die Rentenversicherung zu zahlen oder die ungeratenen Abschläge bei den Erwerbsminderungsrenten abzuschaffen und schon gar nicht hört man Forderungen, endlich die niedrigeren Kinderziehungsleistungen für ostdeutsche Kinder und für Kinder, die vor 1992 geboren wurden, anzuheben.

Nein, zu all dem schweigt oder blockiert die Union, und das Pendant von Carsten

Linnemann in der bayerischen Schwesterpartei, Hans Michelbach, spricht ebenfalls Klartext: „Wir müssen damit aufhören, ständig neue Sozialausgaben zu erfinden, die dauerhaft Sozialsysteme und Staatsfinanzen belasten.“

Genau darum geht es: Die Große Koalition ist sozialpolitisch handlungsunfähig. Ministerin Nahles fordert und die Union blockiert. Trotz sprudelnder Steuereinnahmen, trotz voller Rentenkasse, will sie das jährlich anwachsende Problem der Altersarmut nicht angehen!

Denn wer etwas gegen Altersarmut tun will, muss als erstes den Kampf gegen die sich weiter verfestigende Langzeiterwerbslosigkeit führen.

Wer etwas gegen Altersarmut tun will, muss als nächstes den gesetzlichen Mindestlohn deutlich anheben. Denn nur mit einem Mindestlohn von zurzeit 11,50 Euro brutto pro Stunde würde man nach 45 Jahren Arbeit eine Rente erzielen, die über dem Sozialhilfeniveau liegt.

Und wer den Kampf gegen die Altersarmut gewinnen will, muss das sogenannte „Sicherungsniveau vor Steuern“ der gesetzlichen Rente wieder auf 53 Prozent erhöhen, damit der Lebensstandard im Alter wieder gesichert werden kann und die Renten für alle spürbar steigen.

Für einen Ruhestand in Würde und für soziale Teilhabe im Alter für Jede und Jeden brauchen wir einen Mindeststandard in der gesetzlichen Rente. Deshalb will DIE LINKE eine Solidarische Mindestrente einführen, die ihren Namen verdient. Die sogenannte „Lebensleistungsrente“ von Andrea Nahles, gegen die jetzt die Union Sturm läuft, würde langjährigen Beitragszahlenden netto gerade einmal 766,94 Euro im Osten und 814,88 Euro im Westen

als „Schutz“ anbieten. Das ist ein schlechter Witz und liegt im Westen nur 25 Euro und im Osten nur 50 Euro über dem regionalen durchschnittlichen Grundsicherungsniveau. Überdurchschnittliche Mieten oder Heizkosten, ganz zu schweigen von medizinischen Sonderbedarfen, wären damit bei weitem nicht gedeckt. Deshalb wird die DIE LINKE im Jahr 2017 ihre Forderung nach einer Solidarischen Mindestrente in Höhe von 1050 Euro netto wieder mit Nachdruck in die Debatte einbringen.

Viele werden sagen: völlig unrealistisch. Aber: DIE LINKE hat sich bei ihrer Festsetzung der 1050 Euro als existenzsichernder und armutsfreier monatlicher Solidarischer Mindestrente an der offiziellen Armutsgefährdungsschwelle von 60 Prozent des Medianeinkommens orientiert. Dazu liegen unterschiedliche Armutsschwellen vor: Die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe beruht zwar auf den ältesten Daten (2008), erreicht aber den höchsten Schwellenwert mit 1063 Euro. Die 60-Prozent-Marke des Mikrozensus nähert sich mit großen Schritten dieser Größenordnung an und lag im Jahr 2013 bereits bei 917 Euro. Nach den Berechnungsmethoden der EU-SILC-Befragung lag der Schwellenwert schon 2014 bei 987 Euro monatlich.

Unrealistisch? Nein, armutsfest! Und darum geht es der LINKEN: Die gesetzliche Rente muss wieder den Lebensstandard sichern und sie muss zuverlässig vor Altersarmut schützen.

*Matthias W. Birkwald, rentenpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE im Bundestag*

## Steuerbetrug zerstört Vertrauen in die Politik

„In Schäubles wirklichem Haushalt steht keine schwarze Null, sondern ein Minus von 50 Milliarden. So hoch schätzt die Deutsche Steuergewerkschaft die Mindererträge der Bundesrepublik durch Steuerbetrug. Wer auf 50 Milliarden verzichtet und dafür Kommunen zum Kaputtsparen zwingt, Rentner Pfand sammeln lässt oder den staatlichen Bildungsauftrag vernachlässigt, zerstört das Vertrauen in die Politik“, erklärt Jan Korte, stellvertretender Vorsitzender der Fraktion DIE LINKE. Korte weiter:

„Spätestens die Panama Papers sollten Bund und Länder zum Anlass für eine gemeinsame Anstrengung nehmen, den

So sieht Schäubles Bundeshaushalt in Wirklichkeit aus:

**Keine schwarze 0,  
sondern rote  
50.000.000.000\*.**

\* Der Ausfall für den Fiskus durch Steuerhinterziehung und Steuerflucht summiert sich auf 50 Milliarden Euro im Jahr. Etwa ein Fünftel davon fällt auf den Bereich Offshore-Firmen. Quelle: Deutsche Steuergewerkschaft.

Steuerbetrug einzudämmen. Mit mehr Steuerprüfern in den Ländern, härteren Regeln für Banken und klaren Wirtschaftssanktionen gegenüber den Ländern, die Steuerbetrug erleichtern. Es darf nicht sein, dass weiter nach dem Motto „Ihr klaut uns unser Geld, aber reden wir

nicht drüber“, vorgegangen wird. Und es gibt auch keinen Grund dafür, mit nationalen Maßnahmen auf internationale Absprachen zu warten.

Bei Hartz-IV-Antragstellern kann jeder nicht angegebene Euro, den es von der Oma zum Geburtstag gab, zu existenzgefährdenden Leistungskürzungen führen, aber Einkommensmillionäre müssen nur alle Jubeljahre mit einer Steuerprüfung rechnen. Diese staatlich organisierte Ungleichbehandlung muss ein Ende haben.“

*MdB Jan Korte,  
stellvertretender Fraktionsvorsitzender*

# Deutliche Kritik an Entscheidung Landesverwaltungsamtes zum Kreishaushalt

Zur ersten Sitzung des Kreistages im Jahr 2016, am 02. März 2016, waren die Mandatsträger der Fraktionen zahlreich erschienen. Nach anfänglichen Erläuterungen des Landrates und der Kreistagsverwaltung zu Angelegenheiten des Kreises ging es zügig über in verschiedene Diskussionen. Neben den außerordentlichen Zuwendungen an die Mitteldeutsche Kammerphilharmonie war es insbesondere die kommunalaufsichtliche Entscheidung des Landesverwaltungsamtes zum Haushalt, welche fraktionsübergreifend für Gesprächsstoff sorgten. Zu Beginn der Debatte trat Sabine Dirlich; Vorsitzende der Kreistagsfraktion DIE LINKE./ UWG; an das Rednerpult, um die Position der Fraktion deutlich zum Ausdruck zu bringen. Zwar ging es zunächst nur um den formellen Beschluss zum Beitritt des Kreistages, jedoch ließe sich dieser nur schwer von dem bald folgenden Nachtragsaushalt trennen, ließ Dirlich verlauten. Sie verwies auf einzelne Passagen aus dem Schreiben der Oberen Kommunalaufsicht: So wurde festgestellt, dass die Ertragspotentiale sowie die Einsparmöglichkeiten bei den kreiseigenen Kommunen noch nicht ausgeschöpft sind. Kri-

tisiert wurde konkret, dass die freiwilligen Leistungen bei der Mehrheit der Kommunen noch deutlich über 2 % der Auszahlungen aus laufender Verwaltung liegen. Hingegen sind die Hebesätze der kommunalen Steuern fast uneingeschränkt nicht deutlich über dem Landesdurchschnitt festgelegt.

Würde man dem Drängen des Landesverwaltungsamtes folgen, so müsste der Salzlandkreis zunächst seine Kreisumlage erhöhen. Diese Mehrbelastung der kreiseigenen Städte und Gemeinden sollen dann die Bürgerinnen und Bürger direkt tragen, indem die Gemeinde- und Stadträte einer weiteren Erhöhung der kommunalen Steuern zustimmen. Ziel soll es laut dem Landesverwaltungsamt sein, dass die Hebesätze der kommunalen Steuern über dem den Landesdurchschnitt liegen sollen. Im Gegenzug sollen die freiwilligen Ausgaben der Gemeinden und Städte unter 2 % der Gesamtausgaben der laufenden Verwaltung gesenkt werden. Stadtfeste oder auch die Förderung von Kultur- und Sportvereinen, welche aus dem Topf der freiwilligen Leistungen finanziert werden, werden damit undenkbar. Bürgerfreundlich ist dies gewiss nicht. In ihrer

Rechnung hat das Landesverwaltungsamt jedoch nicht berücksichtigt, dass bereits im Jahr 2015 die Hälfte der Städte und Gemeinden im Salzlandkreis die Kreisumlage nicht bezahlen konnten. Würde die Kreisumlage weiter erhöht werden, ist es überaus wahrscheinlich, dass noch mehr Städte und Gemeinden die Kreisumlage stunden werden. Ob diese Vorschläge und die sich daraus ergebenden Konsequenzen dem Salzlandkreis zuträglich sind, ist fraglich.

Von der kommunalen Selbstbestimmung und der finanziellen Eigenverantwortung der Gemeinden und Kommunen nach Art. 28 Abs. 2. gar nicht erst zu reden. Auch blieb in dem Schreiben unerwähnt, dass das Geld aus dem Finanzausgleichsgesetz ständig sinke, während hingegen die Aufgaben für die Kreise, Städte und Gemeinden immer mehr zunehmen. Darum forderte die Kreistagsfraktion öffentlich eine Reformierung des Finanzausgleichsgesetzes und den Landrat dazu auf, dafür auch einzutreten. Zu dem Schreiben der Oberen Kommunalaufsicht stellte Dirlich letztendlich fest: „Das ist gelinde gesagt eine Frechheit!“

*Henriette Krebs, Fraktionsassistentin*

## Erhöhung der Kreisumlage? Mit uns nicht!

Am 20.04.16 findet der nächste, außerordentliche Kreistag statt. Im Mittelpunkt der Debatte wird bei diesem auch die Erhöhung der Kreisumlage von vormals 47,060 % auf 49,264 % stehen. Mit dieser Erhöhung würde der Salzlandkreis zum traurigen Schlusslicht im Land absteigen. Lediglich der Landkreis Jerichower Land bittet seine kreiseigenen Städte und Gemeinden mit 49 % bei der Kreisumlage so stark zu Kasse. Der Burgenlandkreis sowie die Landkreise Börde und Harz hingegen haben mit rund 38 und knapp 41 Prozentpunkten die niedrigsten Sätze im Land Sachsen-Anhalt. Nach interner Beratung positioniert sich die Kreistagsfraktion DIE LINKE./ UWG entschieden gegen diese Erhöhung und bringt damit deutlich zum Ausdruck: Mit uns nicht!

Diese Entscheidung resultiert nicht aus einem Bauchgefühl der Mitglieder der Fraktion heraus, sondern ist aus der Abwägung von verschiedenen Argumenten getroffen wurden. War die Kreisumlage in den 1990er Jahren einst als ein subsidiäres Deckungsmittel gedacht, ist die Kreisumlage inzwischen ein fester Bestandteil der Einnahmen von Landkreisen geworden. So auch für den Salzlandkreis, welcher mit der gegenwärtigen Kreisumlage



*Foto: privat, Die Kreistagsfraktion bei der Arbeit*

von 47,060 % einen Ertrag von 71.790.500,- EUR für das Jahr 2016 erzielen würde. Umgerechnet auf die Einwohnerzahl bedeutet dies, dass der Kreis 364,88 EUR pro Einwohner im Kreis zur Deckung seiner Aufgaben erhält (vgl. M/0140/2016, S. 3). Weiterhin deckelt der Salzlandkreis seine Ausgaben durch Zuwendungen vom Land Sachsen-Anhalt, welche über das Finanzausgleichsgesetz (FAG) geregelt werden. Laut Haushaltsplan sind dies für das Jahr 2016 insgesamt 59.166.200,- EUR (vgl. B/0327/2015, S. 22). Dies bedeutet, dass das Land dem Kreis zur Bewältigung seiner Aufgabe pro Einwohner lediglich 300,72 EUR zur Verfügung stellt. Im Vergleich zu den kreiseigenen Städte und Gemeinden des Salzlandkreises, gibt das Land Sachsen-Anhalt dem Salzlandkreis

64,16 EUR pro Einwohner und pro Jahr weniger zur Bewältigung seiner Aufgaben.

Es drängt sich an dieser Stelle die Frage auf, ob der Landesverwaltung Sachsen-Anhalt seine Einwohner weniger wert sind, als den Städte und Gemeinden, wo diese Menschen leben. Anstatt nun eine Reformierung des Finanzausgleichsgesetzes anzugehen, um diese Ungerechtigkeit zu beheben, fordert hingegen das Landesverwaltungsamt den Salzlandkreis auf, die Kreisumlage weiter zu erhöhen. Mit Änderung der Kreisumlage auf 49,264 % würden die Städte und Gemeinden dem Kreis im Jahr 2016 über 15 Millionen EUR mehr bezahlen, als das Land Sachsen-Anhalt zu geben bereit ist.

Während die finanzielle Situation der kreiseigenen Städte und Gemeinden weiterhin verschlechtert werden soll, zieht sich das Land immer mehr aus seiner finanziellen Verantwortung zurück und überträgt dem Kreis gleichzeitig noch ein paar neue Aufgaben. Diesen Trend wird die Kreistagsfraktion DIE LINKE./ UWG nicht mittragen und sich gegen die Erhöhung der Kreisumlage am 20.04.16 im Kreistag aussprechen!

*Henriette Krebs, Fraktionsassistentin*

# Stadtratssitzung in Staßfurt am 7. April sehr emotionsgeladen

Ein massenhaftes Austreten aus dem Museumsbeirat wurde nach den Gründen hinterfragt, eine neue Ordnungskraft berufen, zusätzliches Geld für den Neubau der Dreifeld-Sporthalle beschlossen und ein Investitionszuschuss für eine gemeinsame Einrichtung in Atzendorf auf den Weg gebracht. Alles und auch weitere Beschlüsse gingen reibungslos und einmütig durch den Stadtrat.

Bei einer Vorlage schieden sich dann aber doch die Geister.

Ein Beschluss des Stadtrates vom 14.01.2016, die Kindertagesstätte „Spatzennest“, durch einen Verlagerungsersatzbau am Standortumfeld der Ludwig Uhland Grundschule durch Förderung mit Stark V Mittel zu erreichen, soll aufgehoben werden. Die Begründung dafür ist, die Fördermittel können nur für den frühkindlichen Bereich, also für Kinder bis zum Schuleintritt eingesetzt werden. Für den Hortbereich müssten Eigenmittel der Stadt eingestellt werden. Die können man wegen der Haushaltslage nicht aufbringen.

Weil also das mit dem Beschluss festgelegte Ziel nicht erreicht werden könne, die Fördermittel aber nicht verfallen sollen, wurde mit aller Kraft nach einer anderen Lösung gesucht. Sie wurde gefunden in

dem Vorschlag, die Stark V Mittel für den Ausbau der Hohenerxlebener Straße und der Gollnowstraße einzusetzen, ohne hier jedoch die Probleme vollständig zu lösen. In einer aufgeheizten Atmosphäre wurde dem Oberbürgermeister vorgehalten, seine eigenen Wahlversprechungen nicht ernst zu nehmen.

Von ihm und der Verwaltung wurden immer neue Beweise aufgeföhren, um die Räte zu überzeugen, man brauche in Zukunft diese Kindereinrichtung nicht mehr. Die Kinder ließen sich auch auf andere Einrichtungen der Stadt verteilen. Der Vorwurf einiger RednerInnen war deutlich, dass ein weiterer Versuch mit dieser Vorgehensweise unternommen wird, die freien Träger auf Kosten der kommunalen Einrichtungen zu förderern. Vorschläge, wie es durchaus möglich gewesen wäre, für diese Kindertagesstätte alles rechtzeitig auf den Weg zu bringen, wurden einfach ignoriert. Stattdessen wurde nach vielen Argumenten gesucht, um zu beweisen, es gibt in diesem Stadtteil wegen der Altlastenverdachtsfälle, keine kostengünstige Baugrundstücke. Obwohl es in den Vorberatungen der einzelnen Ausschüsse eine vehemente Ablehnung zur Vorgehensweise der Verwaltung gab, wurde dieser Weg weiter beschritten,

vorhergehende Beschlüsse des Stadtrates einfach aufzuheben. Einige RednerInnen fanden für dieses Umgangsweise mit den Volksvertretern sehr kritische Bemerkungen.

Mit Unterstützung des Landkreises, mit dem Hinweis auf ein vorhandenes Überangebot an Plätzen in den Einrichtungen, der fehlenden Notwendigkeit einer neuen Einrichtung, die auf die Stadt zu kommen Kosten für den Leerstand, wurde das Abstimmungsprozedere im eigenen Sinne vorbereitet. Die namentlich Abstimmung brachte durchaus Zweifel und Unverständnis an der Verfahrensweise zum Ausdruck. Es konnten sich von den anwesenden 31 Stadträten und dem Oberbürgermeister lediglich 17 für den Beschluss erwärmen, 15 stimmten dagegen. Ein Stadtrat wünschte die Aufnahme der Bemerkung in das Protokoll, dass die Abgeordneten der CDU und der SPD diesem Beschluss die Zustimmung gaben.

*Klaus Magenheimer, Fraktionsvorsitzender*

## Ortsversammlung in Saale-Wipper

Am 31. März 2016 traf sich der Ortsverband der LINKEN Saale-Wipper in der Gaststätte „Weidmannsheil“ zur Mitgliederversammlung. Der Ortsvorsitzende Manfred Bölke konnte den Kreisvorsitzenden Lothar Boese und seinen Stellvertreter Jörg Lemmert begrüßen. Zur Freude aller Anwesenden konnte Manfred Genossin Diana Sims ihren Mitgliederausweis und einen Blumenstrauß überreichen. Er verband dies mit einem Dankeschön für bisher geleistete Arbeit im Wahlkampf und für die Unterstützung bei diversen Veranstaltungen. Danach stellte sich mit Max Kuhnt ein neues Mitglied aus Giersleben vor. Der 31-jährige Gymnasiallehrer meint: „In der gegenwärtigen gesellschaftlichen Situation muss was getan werden, deshalb bin ich in die Partei DIE LINKE eingetreten.“ Als nächstes wertete unser Kreisvorsitzender die Wahlergebnisse aus. Für uns sind die erreichten 16,3 % enttäuschend. Aber auch die bisherige Regierungskoalition hat Stimmen eingebüßt. Gewonnen hat die AfD durch eine massive Kampagne gegen Flüchtlinge. Sie nutzte den Frust der Bürger und rief zum Protest auf. Der Frust richtete sich gegen



*Foto: privat, Der Ortsvorsitzende freut sich über zwei neue Mitglieder*

die etablierten Parteien. Wir sind als LINKE klar auf unserer Linie – Menschlichkeit, Solidarität – geblieben. Außerdem haben wir im Salzlandkreis einen großartigen Wahlkampf geführt. Natürlich befinden wir uns jetzt in einer „Neuen Phase“ der politischen Auseinandersetzung. In der dann folgenden anregenden Diskussion wurden klare Positionen bezogen. Wie konnte es zu einem solchen Ergebnis kommen? Alle beteiligten sich konstruktiv an der angeregten Aussprache. Trotz der Enttäuschung dürfen wir nicht resignieren. Entsprechend unserer linken Positionen

muss unsere politische Arbeit fortgesetzt werden. Natürlich wurde auch Kritik geübt und Vorschläge gemacht, die politische Arbeit zu qualifizieren. Tobias Pochanke forderte die gesamte Plakatschiene zu analysieren und die Aussagen darauf unter die Lupe zu nehmen. Wir müssen unsere Politik einfacher, klarer und deutlicher darstellen. Ernst H. Brink forderte aus dem Wahlkampf Schlüsse ziehen, um es in Zukunft besser zu machen. Nach einer Niederlage gilt: „Einmal öfter aufstehen, als hinfallen!“ Der nächste Wahlkampf beginnt jetzt und nicht erst ein halbes Jahr vor der Wahl. Daniel Wernecke forderte unsere Politikangebote deutlicher einbringen und mehr nach Lösungen suchen. Nach kurzen Berichten über die Arbeit der Räte in den Städten und Gemeinden ging es an die künftigen Aufgaben. Am 1. Mai werden wir wieder einen Politfrühschoppen durchführen. Der Ortsvorsitzende wird dazu einen Referenten der Rosa-Luxemburg-Stiftung auf das Schloss nach Plötzkau einladen.

*Ernst Hermann Brink, OV Saale-Wipper*



# LINKE Osteraktionen

## Osterbasteln im Wahlkreisbüro

Kurz vor Ostern gab es im Wahlkreisbüro von Birke Bull einen Bastelnachmittag. Kinder und Erwachsene hatten die Möglichkeit, kleine Ostergeschenke herzustellen. Sockenosterhasen, gefaltete Papierosterhasen, Steckfiguren für Blumentöpfe oder -beete sowie die Gestaltung von Muffins in Form einer Blumenwiese waren im Angebot. Es war eine Aktion die zeigt, mit wie wenig Aufwand ein Nachmittag gestaltet werden kann: es verabreden sich zwei (oder gern auch mehr) Personen, die Lust auf die Aktion haben, es gibt eine Pressemitteilung, um Gäste einzuladen und Hinweise in sozialen Netzwerken, es wird nach Bastelideen gesucht, die für nahezu alle Altersgruppen machbar und deren Ausgangsmaterialien vorhanden oder billig zu beschaffen sind. Und schon hat man alle Zutaten für einen schönen Nachmittag zusammen. Das Ganze brauchte kaum eine Woche Vorlaufzeit. Am Ende saßen 10 Bastelbegeisterte im Büro, die wir z.T. schon vom Weihnachtsbasteln her kannten. Es wurde gewerkelt und geklönt. Das ist eine gute Gelegenheit, mit Menschen ins Gespräch zu kommen, die sonst eher nicht in unser Büro kommen, aber durchaus politisch interessiert sind. So war unter den Gästen ein Paar, das sich seit Jahren für Kinder aus Tschernobyl engagiert und von seinen Erfahrungen



Foto: privat, Die Bastelergebnisse können sich sehen lassen

berichtete.

Ich danke Henriette Krebs und Marie Lankau für die Initialzündung und die Unterstützung. Schon jetzt steht fest, Weihnachten wird uns erneut das Bastelfieber packen.

Jana Lankau,  
Wahlkreismitarbeiterin  
MdL Birke Bull

## LINKE wünschte frohe Ostern

Eine bewährte Tradition wurde auch in diesem Jahr kurz vor Ostern wieder fortgesetzt: Das Team von MdB Jan Korte war in verschiedenen Orten des Wahlkreises Anhalt unterwegs, um an LINKEN Infoständen in den Fußgängerzonen und auf

den Märkten kleine Osterüberraschungen an die BürgerInnen zu verteilen. Die Infostände boten natürlich auch die Chance, um über die Ergebnisse bei der Landtagswahl ins Gespräch zu kommen. Viele brachten ihre Enttäuschung über den massiven Rechtsruck zum Ausdruck und betonten, dass eine starke LINKE mehr denn je gebraucht wird.

Auch GenossInnen aus dem Wahlkreis, die gerade noch im Wahlkampf aktiv waren, unterstützten die Aktionen, die in Köthen, Bernburg und Staßfurt stattfanden. Freud und Leid waren dabei nah beieinander: In Köthen half MdL Christina Buchheim beim Verteilen der Schokohäschen. Sie durfte sich am Wahlabend über das Direktmandat in der Bachstadt freuen. In Staßfurt war der Infostand dagegen eine der letzten öffentlichen Aktionen als Landtagsabgeordnete für Bianca Görke, die es über die Landesliste leider nicht erneut in den Landtag schaffte.

Anstrengende Wochen liegen hinter den LINKEN in Sachsen-Anhalt. Wochen der Neuorientierung und schwieriger Auseinandersetzungen in einer neuen politischen Gemengelage stehen bevor. Umso wichtiger waren die Osterfeiertage, um wieder Kraft zu tanken.

Jörg Lemmert, Wahlkreismitarbeiter  
MdB Jan Korte

# Meinungen zur Landtagswahl

## Klaus Magenheimer (Wahlkreis Staßfurt)

Der Landtagswahlkampf stand schon sehr frühzeitig auf dem politischen Aktionskalender der Ortsverbände im Wahlkreis 17. Motiviert waren wir als Gastgeber für den Landesparteitag zur Beschlussfassung des Wahlprogramms. Von nicht geringerer Bedeutung war die zeitige Zusammenkunft der Vertreterinnen und Vertreter des gesamten Landesverbandes zur Aufstellung der Landesliste. Mit einem guten Wahlergebnis wollten wir auch sichern, dass Bianca Görke erneut in den Landtag einziehen kann.

Dazu sind wir mit klaren Aussagen im Wahlkampf aufgetreten, haben zahlreiche Informationsstände im Wahlkreis 17 zur öffentlichen Diskussion und Information der Bürgerinnen und Bürger genutzt, haben persönlich die Wahlzeitungen verteilt, die Plakatierung vorgenommen. Zahlreiche Zusammenkünfte mit älteren Mitbürgern, Gewerkschaftlern, aber auch Kindern und Jugendlichen gehörten zum Wahlkampfgeschehen. Solche prominenten

Politiker wie Gregor Gysi oder Gustav Adolf Schur waren unsere Unterstützer.

Die Ergebnisse, die wir am 13. März letztlich einführen sind enttäuschend und lösten auch vielerorts Entsetzen aus.

Hinter uns liegt ein harter und anstrengender Wahlkampf. Trotzdem ist es mir wichtig, mich bei allen zu bedanken, die sich vor Ort ehrenamtlich für unsere Partei im Wahlkampf eingesetzt haben. Wir haben aber auch viel Zustimmung im Wahlkampf erfahren. Unsere Forderungen nach mehr Personal an den Schulen, bei der Polizei, nach Bildungsgerechtigkeit, nach gleicher Bezahlung von Frau und Mann, nach Rentengerechtigkeit zwischen Ost und West nach ausreichender finanzieller Ausstattung der Kommunen sind nicht vom Tisch. Unsere Forderungen nach mehr Investitionen, nach einer gerechten Bezahlung, von der man auch leben kann, müssen wieder lauter werden, denn nur so können wir unser Profil als Partei der sozialen Gerechtigkeit wieder schärfen und die Menschen mit Existenzsorgen wieder an uns binden.

Der Landtagswahlkampf war allerdings

von einer Debatte dominiert - der Aufnahme und Integration von Geflüchteten. Sie wurde befeuert von einer Partei, bei der nicht klar ist, welchen politischen Weg sie gehen will. Mit einem Wahlkampf, der die Ängste der Menschen benutzt, die Schwachen gegen die Schwachen ausspielt, der auf Ausgrenzung und Nationalismus setzt, hat die AfD Wählerinnen und Wähler für sich mobilisiert. Wie stabil dieser Rückhalt ist, bleibt abzuwarten, waren doch etliche Stimmen nicht wegen der inhaltlichen Überzeugung, sondern mehr als Protest gegen diejenigen da oben abgegeben worden.

In der weiteren politischen und vor allem kommunalpolitischen Arbeit setzen wir nicht auf Wählerschelte, sondern werden in kameradschaftlicher Zusammenarbeit mit der kleineren Landtagsfraktion über künftige Themensetzung sprechen. Dazu laden wir all unsere Freundinnen und Freunde herzlich ein.

Einen ersten Erfahrungsaustausch werden wir dazu anlässlich des 1. Mai anbieten.

**Kreisvorstand und Redaktion  
gratulieren im  
April  
recht herzlich**

zum 87. Geburtstag  
Oskar Wohlgemuth

zum 86. Geburtstag  
Werner Schulze

zum 85. Geburtstag  
Hartmut Kegler

zum 84. Geburtstag  
Friedrich Schütz

zum 82. Geburtstag  
Horst Lippert  
Horst Wenk

zum 80. Geburtstag  
Brunhilde Hörig

zum 75. Geburtstag  
Karl-Heinz Montag

**Wir gratulieren auch allen  
anderen Mitgliedern unseres  
Kreisverbandes, die im  
April Geburtstag haben.**



**Sitzungen der Fraktion DIE LINKE/  
UWG im Kreistag Salzlandkreis**

Am 18.04.2016 ab 18:00 Uhr im  
Fraktionsbüro in Staßfurt. Ab 17 Uhr  
gibt es eine öffentliche Bürgersprech-  
stunde mit Sabine Dirlich.

**Sitzung des Kreisvorstandes**

Der Kreisvorstand tagt wieder am  
27.04.2016 um 18 Uhr im Fraktionsbüro  
in Staßfurt.

**„Kaffee mit Links“**

Am 11.05.2016 ab 16 Uhr gibt es die  
nächste Gelegenheit im Bernburger  
Bürgerbüro bei Kaffee und Kuchen ins  
Gespräch zu kommen.

**Die LINKE im 18.**

**Deutschen Bundestag**

Vortrag und Diskussion mit

**MdB Dr. Dietmar Bartsch.**

Am Dienstag, 03.05.2016 um 18 Uhr im  
Metropol Bernburg (Schloßstraße 20).

Der Kreisvorstand

**4. Tagung des 5. Landesparteitages  
am 23.04.2016**

Im Mittelpunkt werden die Auswertung  
des Wahlkampfes und der Ergebnisse  
sowie entsprechende Schluss-  
folgerungen und die politischen Schwer-  
punkte nach der Landtagswahl stehen.  
Die Tagung beginnt 10 Uhr im RAMA-  
DA Hotel in Magdeburg (Hansapark 2).

**Ortsversammlung in Bernburg**

Am 25.04.2016, um 18 Uhr im Saal  
der Stiftung Evang. Jugendhilfe (Große  
Einsiedelsgasse). Wir werten zusammen  
mit der Landesvorsitzenden MdL Birke  
Bull die Landtagswahl aus und wählen  
einen neuen Ortsvorstand. Alle Mitglie-  
der und InteressentInnen sind herzlich  
eingeladen.

**Ortsversammlung in Staßfurt**

Am 11.05.2016, um 17 Uhr ins Staß-  
furter Bräustübel (Hohenerxlebener  
Straße). Im Mittelpunkt steht u.a. die  
Auswertung der Landtagswahlen bzw.  
des Wahlkampfes. Alle Mitglieder und  
InteressentInnen sind herzlich einge-  
laden.

**Aufruf zur Mitarbeit!**

DIE LINKE Zeitung möchte möglichst  
ausgewogen aus allen Regionen des  
Salzlandkreises berichten und sucht  
deshalb ständig Beiträge. Egal ob BO-  
Sitzung, Vorstandswahl, öffentlichkeits-  
wirksame Aktion, Berichte von Man-  
datsträgerInnen und Abgeordneten.  
Wir freuen uns über Beiträge aus allen  
Bereichen. InteressentInnen nutzen  
bitte die Kontaktdaten der Redaktion.

Einsendeschluss für die nächste DLZ ist  
der 03. Mai 2016.

Redaktionsschluss für diese Ausgabe  
war der 07. April 2016.

Wir sind tief betroffen vom  
Ableben unseres Genossen

**Egon Köplin.**

In schwerster Zeit hat er sich jahrelang  
aktiv in die Arbeit unseres Ortsver-  
bandes eingebracht. Wir sind froh, mit  
einem aufrechten Kämpfer für die  
gerechte Sache in der Welt, viele Jahre  
aufs Engste verbunden gewesen zu  
sein. Auch seine Krankheit hielt ihn  
nicht davon ab.

Wir werden sein Andenken durch  
unser weiteres politisches Agieren in  
Ehren halten.

Kreisvorstand, Ortsvorstand, Arbeits-  
gruppe „Senioren Staßfurt“

**Nachruf**

In stillem Gedenken  
**Hans-Werner Zeißig**



OV Schönebeck  
Kreisvorstand

**DIE LINKE am 1. Mai in SLK:**

**Bernburg:** DGB-Kundgebung auf dem  
Karlsplatz ab 10 Uhr

**Schönebeck:** Traditionelles Fest auf  
dem Bierer Berg ab 11 Uhr

**Staßfurt:** Politfrühshoppen am Löder-  
burger See ab 10 Uhr; Infostand beim  
3. Kirschblütenfest ab 10 Uhr

**Güsten:** Politfrühshoppen in der  
Schloss-Schänke Plötzkau ab 10 Uhr

**Könnern:** Kundgebung mit SPD und  
den Gewerkschaften vor der Gaststätte  
„Zum Bock“ ab 10:30 Uhr

**DIE LINKE ZEITUNG**

**Herausgeber:**

Kreisvorstand DIE LINKE. Salzlandkreis  
www.dielinke-salzlandkreis.de  
dielinke-salzlandkreis@t-online.de  
Postfach 1104, 06391 Bernburg

**Redaktion :**

Jörg Lemmert (V.i.S.d.P),  
Klaus Magenheimer,  
Siegfried Mahlfeld,  
Stefan Deutschmann

**Satz + Layout:** Karsten Noack

Bei nicht vereinbarten und nach Redaktions-  
schluss eingegangenen Artikeln kann die  
Veröffentlichung nicht garantiert werden.